

Chumm Bueb und lueg dis Ländli aa!

Von wahren und falschen Eliten

Albisgüetli-Rede 2002

Eine politische Standortbestimmung anlässlich der

14. Albisgüetli-Tagung der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich

von Nationalrat Christoph Blocher,

Präsident der SVP des Kantons Zürich

Freitag, 18. Januar 2002, im Schützenhaus Albisgüetli, Zürich

***Es gilt sowohl das gesprochene als auch das geschriebene Wort,
wobei sich der Referent vorbehält, auch stark vom Manuskript abzuweichen.***

Inhaltsverzeichnis

Seiten

I.	Chumm Bueb und lueg dis Ländli aa!	3 - 5
II.	Zur Schweiz und ihren Stärken stehen	5 - 7
III.	Von der Notwendigkeit der wahren Elite	7 - 8
IV.	Nutzen und Missbrauch der Macht einer Elite	8 - 9
V.	Kampf gegen die falsche Elite	9 - 12
VI.	Privateigentum vor der Elite schützen	13
VII.	Politische Elite, ihre Abhängigkeiten und ihre Berater	13 - 14
VIII.	Freie Meinungsäusserung als Mittel gegen die falsche Elite	14 - 16
IX.	Selbstverantwortliche Bürger als echte Elite	16 - 17
X.	Preisverleihung an einen selbstverantwortlichen Menschen	17 - 20
XI.	Begrüssung der Teilnehmer der Albisgüetli-Tagung 2002	20 - 21
XII.	Unser Auftrag: Der Kampf für die wahre Elite	22

Herr Bundespräsident,
Frau Regierungsrätin,
Herren Regierungsräte aus den Kantonen Glarus und Zürich
Liebe Mitglieder, Freunde, Sympathisanten, Kampfgefährten der Schweizerischen Volkspartei
Liebi Fraue und Manne!
Ich heisse Sie herzlich willkommen. Besonders freue ich mich über die **SVP-Delegationen** aus den anderen Kantonen.

Cher amis de la Suisse romande. Je vous salue cordialement à notre Réunion de l'Albisgüetli. Pour vous, nous avons une traduction simultanée.

Cari amici della Svizzera italiana, vi ringrazio per il vostro prezioso sostegno al Sud delle Alpi.

I. Chumm Bueb und lueg dis Ländli aa!

"Chumm Bueb und lueg dis Ländli aa!" – So heisst es froh und zuversichtlich im einst viel gesungenen Volkslied. Wenn heute die Buben, Mädchen, aber auch wir erwachsenen Frauen und Männer unser Ländchen anschauen, sehen wir viel Schönes und Gefreutes, ein landschaftlich überaus reizvolles Ländchen, das auf der Weltkarte kaum fünflibergross ist. Und in diesem Ländchen lebt ein viersprachiges Völklein, das sich bis heute beharrlich dafür wehrt, sein Schicksal auch in Zukunft selbst bestimmen zu können. Es weiss um die Interessen und Machtbestrebungen der Grossen in der Welt und es weiss um die Grenzen des Kleinstaates. Weltoffen ist es zwar – dieses Völklein – aber einbinden lassen in internationale Organisationen? – Nein, das will es niemals – und auch dann nicht, wenn es alle ändern täten. Wie riefen doch die Hallauer im nördlichsten Schaffhauser Zipfel im Schwabenkrieg von 1499, als die Feinde sie aufforderten, sich zu ergeben, weil Widerstand sinnlos sei: "Ond mir tonds nid, ond mir tonds nid - ond wenn miir's tätid, tätid's üseri Wiiber nid!" Dieses Völklein und dieses Land – das weiss der Bub aus dem Lied vielleicht nicht (darum versucht man ihm das Gegenteil einzuhämmern mit schönen und farbigen Inseraten) - wird auf der ganzen Welt bewundert für seine freiheitliche Staatsordnung, für die Tatsache, dass die Bürger an der Urne nicht nur wählen, sondern auch abstimmen können. Die Bürger können sogar als einziges Volk der Erde selbst entscheiden, ob ihr Ländchen zum Beispiel der Organisation im Glaspalast in New York beitreten möchte oder nicht. Der Bub sieht sein Ländchen, das dank einer klug bewahrten – umfassenden – Neutralität 200 Jahre lang keinen Krieg führen musste. Er sieht viele einfache Bürgerinnen und Bürger, die ihr Leben in Selbstverantwortung bewältigen.

Doch leider sieht der Bub auch viel anderes: Einstmals blühende Unternehmungen, die den Ruf schweizerischer Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit weit in die Welt hinaus getragen haben, sind heruntergewirtschaftet worden und stecken in grössten Schwierigkeiten. Die einst so stolze Swissair humpelt an den Krücken von zweieinhalb Staatsmilliarden, die Expo 02 verschlingt schon heute statt der versprochenen 130 Millionen eine glatte Milliarde. Obwohl die Regierung beim neuen Krankenversicherungsgesetz versprochen hatte, dass die Prämien sinken würden, steigen die Prämien jedes Jahr, bald ins Unermessliche. Manager bedienen sich schamlos aus den Kassen von Unternehmen, die ihnen gar nicht gehören. Die ehemals glaubwürdigen Wirtschaftsverbände fordern vom Bundesrat Geld für serbelnde Unternehmen und geben diesem dafür Geld für seine Abstimmungspropaganda und lassen immer höhere Steuern zu. Ja, vieles sieht der Bub, der dieses Ländchen anschaut. Ein Medien-Eintopf sorgt für die bengalische Beleuchtung und das laute Bejubeln des Versagens. Die Politiker haben die Schuldenlast der öffentlichen Hand auf 210 Milliarden anwachsen lassen, und die Steuern in den letzten 10 Jahren mehr als alle andern Industriestaaten erhöht. Die Politiker sehen für dieses Ländchen anscheinend lieber ein Wachstum der Staatsquote statt ein Wachstum der allgemeinen Wohlfahrt. 40-Töner und Schwerverkehrsabgabe – so versprach man den Stimmbürgern vor der Abstimmung – würden dem Land weniger Lastwagen auf der Strasse bringen. Heute ist das Tessin bald ein einziger Parkplatz für Camions, und die Urner können nur froh sein, dass sie so viele Berge haben, sonst ginge es ihnen gleich.

"Chumm Bueb und lueg dis Ländli aa!" Oder – wie es am Schwabentor in Schaffhausen heisst: "Lappi tue d'Augen uf". Es ist kein durchwegs schönes Bild mehr, das der Bub heute sieht. Aber es könnte anders sein. Denn die Grundlagen stimmen. Hier hat an vielen Orten die Führung versagt. Oben steckt das Problem, nicht unten!

Der Aussenminister findet es unwürdig¹ und der letztjährige Bundespräsident "schämt" sich nach eigenen Worten, dass die Schweiz nicht Mitglied der UNO ist.² Wofür schämen sie sich eigentlich? Finden sie es etwa beschämend, dass wir Schweizer 470 Millionen an die UNO-Hilfsorganisationen zahlen? Finden sie es beschämend, dass sich die Schweiz bis heute nicht freiwillig den fünf Grossmächten mit ihrem höchst undemokratischen Vetorecht unterwerfen will? Soll sich die Schweiz etwa schämen, weil sie seit fünfhundert Jahren ein friedfertiger, neutraler Staat ist, oder schämen sich unsere Landesväter vielleicht, dass Volk und Stände den UNO-Beitritt 1986 mit 75,7 % verworfen haben? Schämt sich unser Bundesrat für sein eigenes Volk? Vielleicht, meine Damen und Herren, sieht dieses Volk die Sache aber etwas anders. Vielleicht findet es das Schweizer Volk beschämend, dass ein Regierungsmitglied sich fürs eigene Land und seine Bevölkerung schämt, welches ihn – wenigstens

¹ Bundesrat Joseph Deiss: "Wir gehören nicht auf die Ersatzbank", in: Neue Luzerner Zeitung, 16. Januar 2002.

² Interview mit Bundespräsident Moritz Leuenberger, in: "Brückenbauer", 18. Dezember 2001.

durch das Parlament – in die Regierung gewählt hat? Kann ein Bundesrat, der sich für sein Land und seine Leute schämt, **mit diesem Minderwertigkeitsgefühl überhaupt noch für eine unabhängige und selbstbewusste Schweiz einstehen?** Wie will man mit diesem Schamgefühl überhaupt im Interesse des Landes mit andern Ländern schwierige Vertragsverhandlungen führen und dort die Interessen der Schweiz vertreten?

II. Zur Schweiz und ihren Stärken stehen

Kürzlich fragte mich ein Bürger an einer UNO-Veranstaltung, was ich denn zur UNO sagen würde, wenn ich seinerzeit zum Bundesrat gewählt worden wäre. Natürlich müsste ich heute als Mitglied der Kollegialbehörde als Bundesrat vor Ihnen stehen und sagen: „Zwar war ich bei der letzten UNO-Abstimmung noch entschieden gegen einen Beitritt. Aber jetzt bin ich eben dafür, weil ... weil ... weil ... – so würde ich wohl stottern – weil ... die Zeit reif ist!“ (Das hat man allerdings schon bei der letzten UNO-Abstimmung gesagt. Offenbar wird die Zeit immer reifer und reifer, sie fault jetzt dann schon bald.) Dann würde ich als Bundesrat Blocher sagen: "Die Welt hat sich eben seither verändert." Ein erfahrener Politiker hat mir vor Jahren gesagt, ich solle, wenn ich gar nichts mehr wüsste, einfach sagen: "Die Welt hat sich verändert." Gegen diese umwerfende Wahrheit kann nämlich niemand protestieren. Und ich müsste Ihnen auch darlegen, dass fast alle Staaten in der UNO sind. (Was schon bei der letzten Abstimmung gesagt worden ist). Ich weiss allerdings nicht, ob ich als Bundesrat Blocher auch noch ohne rot zu werden behaupten würde, es sei meine tiefste Überzeugung, dass die Schweiz jetzt der politischen UNO beitreten müsse. Aber weil ich ja immer gegen den UNO-Beitritt war, müsste ich Ihnen als Bundesrat wohl erzählen, ich sei jetzt vom Saulus zum Paulus geworden. Das könnte ich Ihnen übrigens sagen ohne zu lügen, denn ich bin sicher, dass weder Saulus noch Paulus für den UNO-Beitritt gestimmt hätten!

Aber, meine Damen und Herren, das willkürliche Vetorecht und die ungerechte Bevorzugung der Grossmächte in der UNO könnte ich wohl nicht einmal als Bundesrat leugnen. Und ich würde kaum wagen, zu behaupten, es handle sich nur um geringe Mehrkosten von 75 Millionen, da ich zu gut wüsste, dass dies nur der Anfang ist und die Bürger künftig weit mehr für die weitere Aufblähung des Verwaltungsapparates, für unzählige Konferenzreisen, üppige Kongresseinladungen und für die von der UNO geforderten Entwicklungshilfebeiträge bezahlen müssten. Denn ich habe ja schliesslich auch ohne UNO-Mitgliedschaft meine Erfahrungen gemacht mit der Finanzierung der Expo, mit den Krankenkassenprämien und mit der Swissair. Jedesmal hat es vor den Abstimmungen nur ganz wenig gekostet.

Was ich nicht weiss ist, wie man als Bundesrat mit dem UNO-Beitritt und dem Schwur zum verfassungsmässigen Grundsatz der souveränen und neutralen Schweiz zurechtkommt. Angesichts des weltweiten Versagens der grössen-

wahnsinnigen Konzepte in Wirtschaft und Politik, angesichts der Zusammenbrüche allergrösster Firmen, angesichts der vierzig Kriege auf dieser Welt, müsste doch gerade die Gegenwart und die Zukunft dem Kleinstaat eine gewisse **Selbstbeschränkung** auferlegen. Und eben diese Selbstbeschränkung verlangt die immerwährende bewaffnete Neutralität. Die Neutralität ist ein modernes Schutz- und Selbstbehauptungsmittel für den Kleinstaat. Die Neutralität schützt unser Land dreifach: Erstens hindert sie unsere Regierenden, ihr Volk in Konflikte hineinziehen. Zweitens hindert sie jeden von uns vor unkontrollierten Emotionen, vor Gewalt- und Kriegsbereitschaft. Drittens verhindert die Neutralität, dass unser mehrsprachiges Land mit vier Kulturen wegen einer Parteinahme in fremden Händeln auseinander fällt. Wie viel wäre gewonnen, wenn die Verantwortlichen in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft diese einfachen, geschichtlich so bewährten Wahrheiten endlich begreifen würden!

Ich gebe zu, meine Damen und Herren, als Bundesrat käme ich mit all diesen Widersprüchlichkeiten nicht zurecht. Ich könnte mir nicht erklären, wie der Bundesrat 1993 im Bericht zur Neutralität erklärt hat, in der UNO gebe es für die klassische Neutralitätskonzeption keinen Platz mehr,³ und jetzt behauptet, die UNO gefährde die Neutralität nicht und die Schweiz werde die Verpflichtungen der UNO-Charta "bedingungslos" einhalten.⁴ Noch 1981 – bevor die Regierung Richtung EU und UNO drängte – erklärte der Bundesrat, die Schweiz könne der politischen UNO nicht beitreten, weil dies dem schweizerischen Neutralitätsrecht widerspreche.⁵ Vor allem die Artikel 41 bis 43 der UNO-Charta sind mit der schweizerischen Neutralität unvereinbar. Heute soll das Schweizervolk genau die gleiche Charta unterzeichnen, und diese gleiche Charta soll heute die Neutralität nicht mehr verletzen. Aber es ist klar, innerlich hat man sich in Bern vom Grundsatz der Neutralität bereits gelöst, auch wenn man dauernd das Gegenteil behauptet. Wenn der Bundesrat und das Parlament als Ziel den EU-Beitritt haben - und das haben sie -, ist an eine Neutralität ohnehin nicht mehr zu denken. Denn die EU plant bekanntlich eine gemeinsame Aussen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik.

Woher kommt eigentlich der Drang von Bundesrat und Parlament in all diese internationalen Organisationen? Meine Damen und Herren, meines Erachtens ist der Hintergrund einfach: **Man hat die Kraft nicht mehr, die nötig ist, um zur freien, unabhängigen und neutralen Schweiz zu stehen.** Es braucht Mut, Weitblick, Kraft und Hintanstellung der eigenen Machtansprüche, wenn man im Interesse der Bürger nicht gleich sein will wie alle andern, sondern anders und womöglich besser. Doch das Mittun in internationalen Organisationen ist für Regierung, Parlament, Diplomatie und Verwaltung verlockend. Die Unübersichtlichkeit und die Distanz zu den Bürgern schützt vor Kontrolle und

³ Bericht (des Bundesrates) zur Neutralität, 29. November 1993, S. 75.

⁴ Antwort des Bundesrates vom 22. August 2001 auf den parlamentarischen Vorstoss Brändli betreffend "Neutralität und UNO-Beitritt".

⁵ Botschaft über den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (UNO), 21. Dezember 1981, S. 49.

Kritik. Es vermischt die Verantwortung. Der Missbrauch der Macht kann länger und besser unter dem Deckel gehalten werden. Es ist für unsere Repräsentanten leichter, im UNO-Glaspalast Reden über die Welt zu halten, als im eigenen Land für eine geordnete Pensionskasse des Bundes, für tiefere Krankenkassenprämien, für tiefere Steuern, für weniger Staatsausgaben, weniger Schulden und für eine kleinere Arbeitslosigkeit zu sorgen.

Das Mitreden im UNO-Glaspalast wäre ganz nach dem Geschmack unserer aussenpolitischen Elite. Da kann man sorglos in der Welt herumreisen, Konferenzen besuchen, mitschwatzen, sogar ein bisschen mitbestimmen, ohne irgendeine Verantwortung für die Welt tragen zu müssen.

Diese internationalen Organisationen sind weit weg vom Bürger. So müssen die Schweizer Steuerzahler für das UNO-Mandat von Carla del Ponte jährlich rund eine Million Franken hinblättern. Und diese Dame bedankt sich bei uns, indem sie der NZZ sagte: "Lassen wir die Schweiz beiseite. Die Schweiz ist weit entfernt von der internationalen Gemeinschaft."⁶

Unsere aussenpolitische Elite müsste vorerst einmal eines erkennen: **Eine dauerhafte, friedliche Organisation der Welt ist nur auf der Grundlage von Freiheit und Marktwirtschaft möglich.** Wer Handel mit dem andern treibt, wird vernünftigerweise gegen ihn keinen Krieg führen. Dazu braucht es keine Gesetzesflut, keine Weltbürokratie und keine gläsernen UNO-Amtspaläste – genau so wenig wie der Welthandel eines "Welthandelszentrums" bedarf. Wenn also alle Staaten liberal wären, brauchte es zur Erhaltung des Friedens keinen solchen Pakt und erst recht keine Weltregierung.

Für die Schweiz heisst darum die Devise: "Weltoffen sein ohne sich einbinden zu lassen von fremden Mächten." Immer wieder müssen wir für diesen Grundsatz eintreten. Einmal geht es um den EWR, dann um die EU, jetzt gerade wieder einmal um die UNO, dann um Schengen und bald schon um die NATO. Je unübersichtlicher und verworrener solche internationalen Grossgebilde sind, je mehr die Verantwortung verwischt ist und das Versagen nicht geahndet werden kann, desto mehr faszinieren sie unsere politischen Eliten, die Politiker, Diplomaten und Funktionäre.

Darum stimmen wir Nein zum Beitritt der Schweiz in die politische UNO!

III. Von der Notwendigkeit der wahren Elite

„Chumm Bueb und lueg dis Ländli aa!“ Der Bub tut allerdings gut daran, nicht zu hoch hinauf zu schauen in seinem Ländchen. Die Schuld an den gegenwärtigen Missständen trägt nämlich nicht die breite Bevölkerung, nicht die einfache Bürgerin oder der einfache Bürger. Schuld tragen die Leute oben,

⁶ Interview mit Carla del Ponte, in: "Neue Zürcher Zeitung", 2. Mai 2001, S. 5.

fache Bürgerin oder der einfache Bürger. Schuld tragen die Leute oben, die wir als Elite bezeichnen. **Und diese sogenannte Elite steckt ganz offensichtlich in einer tiefen und ernsten Krise.**

Was ist überhaupt eine "Elite"? Zur Elite gehören immer Personen, die in ihrem Bereich mehr zu sagen haben als andere. In der Führung – ob in der Politik, der Wirtschaft, der Armee, der Gesellschaft – gibt es Eliten. **"Obere"** – sagt man im Volksmund. Sie haben mehr Kompetenzen, sie haben auch mehr Vorrechte, und weil sie Verantwortung tragen und deshalb wichtig sind, haben sie auch einen grösseren Lohn und sehr oft Privilegien.

Einem Demokraten ist das zwar etwas verdächtig. Man weiss es ja aus dem Alltag: Wie schnell wird eine "privilegierte Stellung" zum eigenen Vorteil ausgenützt! Wer kennt sie nicht: Vertreter der politischen Elite, die vor den Wahlen viel versprechen und nach den Wahlen das Gegenteil tun! Kaum gewählt, denken viele nur noch an sich selber und geniessen ihre privilegierte Stellung und ihr vermeintliches Ansehen. Wer kennt sie nicht: Vertreter der Wirtschaftselite – Verwaltungsräte und Manager – die sich in erster Linie selbst bereichern und dabei ganze Unternehmen in den Abgrund führen!

Und doch wissen wir alle: **Ohne Elite, ohne "Obere", kommt keine funktionierende Gesellschaft aus**, weder im demokratischen Staat noch in der freien Wirtschaft. Nur gilt es immer wieder die entscheidende Frage zu stellen, warum und wozu die Elite nötig ist und wer dazu gehören soll. Ist die Abstammung aus der richtigen Familie das Kriterium? Wollen wir eine Erbelite? Soll die Mitgliedschaft in einer gewissen Partei Voraussetzung sein? Oder sind es die richtigen Beziehungen zu den richtigen Personen, das viel genannte „Vitamin B“?

Nein, meine Damen und Herren: Im demokratischen Staat und in der freien Marktwirtschaft darf nur die Elite anerkannt werden, die ihren Auftrag mit der nötigen Hingabe, Tüchtigkeit und Fähigkeit ausführt.

IV. Nutzen und Missbrauch der Macht einer Elite

In unserem direktdemokratischen, republikanischen und marktwirtschaftlichen Gemeinwesen darf es **nur die Funktionseleite geben. Diese Funktionseleite widerspricht unseren demokratischen Prinzipien nicht, denn sie ist nur solange Elite, wie sie ihre nötige Funktion erfüllt.** Ihre Tüchtigkeit und Fähigkeit muss immer wieder neu überprüft werden, darum braucht es periodisch Wahlen für Politiker, Richter, Verwaltungsräte usw. Die wahre Elite ist für eine funktionierende Wirtschaft und für einen funktionierenden Staat erfolgsentscheidend! Aber weil die Macht der Elite so leicht ins Gegenteil umgedreht und missbraucht werden kann, ist es unverzichtbar, dass **diese Elite auch streng kontrolliert wird.** Realistische Menschenkenner haben darum im

Staat schon früh die **Gewaltentrennung** und die **gegenseitige Gewaltenthemmung** eingeführt. Auch in der **Wirtschaft sind gesetzliche oder statutarische Schranken für die Elite festgelegt worden**. Man war sich nämlich bewusst, dass ein Versagen der Elite oder ein Missbrauch ihrer Vorzugsstellung mit grossem Schaden verbunden ist und sich leicht zur Katastrophe für Bürger, Steuerzahler, Aktionäre, Mitarbeiter, Kunden, Lieferanten und Gläubiger entwickelt, vor allem aber zur Freiheitseinschränkung und Minderung der Wohlfahrt. **Darum hat die Elite keinen Platz mehr, wenn sie ihre Funktion, ihren Auftrag schlecht oder nicht mehr erfüllt. In diesen Fällen gehört sie unverzüglich beseitigt und ausgewechselt**. Das ist die Kehrseite von Verantwortung und Privilegien. **Für Versager, für Durchschnittlichkeit hat es in der Elite keinen Platz**.

V. Kampf gegen die falsche Elite

So notwendig die echte Elite ist, weil ohne sie keine funktionierende Wirtschaft, keine tragbare Politik möglich ist, so klar ist auch, dass **der Kampf gegen die falsche Elite geführt werden muss**. Es ist dies eine Daueraufgabe. Ich beginne mit der Wirtschaft.

Es sind in den letzten Jahren zu viele **Flaggschiffe der schweizerischen Wirtschaft** untergegangen, weil die wirtschaftliche Elite versagt hat. Natürlich weiss ich, dass es eine Wirtschaft ohne Konkurse nicht geben kann. Unternehmen sterben, wenn sie keine Gewinne erzielen. Wäre dies anders, hätten wir oftmals ein Elend ohne Ende. Das ist der Vorteil gegenüber den staatlichen Einrichtungen, die bekanntlich auch dann noch gepflegt und gepöppelt werden, wenn sie schon lange tot sind. Aber gerade weil schlecht geführte Unternehmen sterben müssen – mit allen schwerwiegenden Folgen für Mitarbeiter, Kunden und Gläubiger –, dürfen keine falschen Eliten ans Ruder kommen oder am Ruder bleiben. Einzelne schlechte Mitarbeiter kann ein Unternehmen ertragen, aber schlechte Eliten an der Spitze sind der sichere Tod. Falsche Eliten, die Unternehmen in den Abgrund führen, müssen darum früh erkannt und ausgewechselt werden. Analysiert man die Zusammenbrüche grosser Unternehmen in den letzten Jahren, so ist dies weniger auf einzelne Fehlentscheide zurückzuführen, die nie ganz zu vermeiden sind, sondern viel mehr auf ein klägliches, grundsätzliches Versagen, eine fehlende Kritik an der Elite und mangelnde Kontrollen und Korrekturen gegenüber diesen Eliten. **Die Misswirtschaft und das Gebaren von unfähigen Managern hat ein Ausmass angenommen, das nicht nur einzelnen Unternehmen schadet, sondern der ganzen schweizerischen Wirtschaft**. Der Zusammenbruch der Swissair ist dazu das prominenteste Beispiel. Gerade weil die Kontrolle fehlte und die Swissair allzu lange in unkritischer Weise als das Symbol schweizerischer Tüchtigkeit, Genauigkeit, Zuverlässigkeit und Qualität gepriesen wurde, konnte ein so gigantischer Trümmerhaufen überhaupt entstehen.

Am 16. November 2001 sagte der Präsident der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz im Parlament folgendes: Es sei "ganz bedeutend", dass zwei Steuermilliarden für die Rettung der maroden nationalen Fluggesellschaft bezahlt würden, weil ein Nein – ich zitiere wörtlich – **"einen Vertrauensverlust in die politische und wirtschaftliche Elite dieses Landes erzeugt"**.⁷ Es ging also dem FDP-Chef bei diesem Einsatz von Staatsgeldern hauptsächlich darum, die am Debakel beteiligte "politische und wirtschaftliche Elite dieses Landes" zu retten. Der Präsident der FDP Schweiz hat damit einen völlig **neuen Staatszweck** eingeführt: **„Milliardensubventionen, um die politische und wirtschaftliche Elite vertrauensfähig zu machen!“**

Nein, meine Damen und Herren, das Vertrauen in **die wahre Elite, die ihre Sache gut macht, braucht man nicht mit Geldern zu stützen. Sie hat es nicht nötig. Und eine marode Scheinelite darf man unter keinen Umständen stützen – weder mit Geld noch mit etwas anderem.** Sie ist zu beseitigen, nicht zu erhalten! Die falsche politische und wirtschaftliche Elite hat bei der Swissair zu Recht das Vertrauen verloren, leider viel zu spät. Wäre dies schon vor einigen Jahren geschehen, wäre der Schaden nicht so gross gewesen.

Aber diese grossen Firmen haben über die Wirtschaftsverbände, über parteipolitische Verfilzungen, über Verbandlungen mit dem Staat und über kreditgebende Banken ein Netz geknüpft und darin die massgebenden Leute frühzeitig eingewickelt. Neueste Unsitte sind die **Beiräte**, die sich grosse Firmen leisten. Darin werden Personen mit hohen Salären eingebunden, ohne dass sie Verantwortung oder ein Risiko zu tragen haben. Dass sich diese Personen, die oft Politiker sind, nie negativ über ihre Geldgeber äussern werden und diese Firmen überall abdecken, ist klar. "Wes' Brot ich ess', des' Lied ich sing!" Das hat sich leider auch bei der Swissair bewahrheitet. Durch solche Systeme werden unfähige Manager und Verwaltungsräte aus Grossfirmen in der Öffentlichkeit und in der Politik gegenüber anderen Firmen bevorzugt behandelt.

Kein Gewerbetreibender, keine kleine Firma, kein mittleres Unternehmen bekäme solche Hilfen. Sie sind auf sich selbst angewiesen – was auch richtig ist. Aber genau sie haben nun indirekt für die Grossfirmen und für die Fehler von deren sogenannten Eliten zu bezahlen. Das ist nicht in Ordnung.

Aus diesem Debakel hat die Wirtschaft endlich Schlussfolgerungen zu ziehen, und zwar aus eigenen Stücken. Es ist nicht Sache des Staates, hier zum Rechten zu sehen. Aber die Wirtschaft hat dies in Eigenverantwortung zu korrigieren. Dazu gehört:

- Die unheilvollen Verflechtungen zwischen den Verwaltungsräten sind aufzuzeigen und zu kappen.

⁷ Votum von Gerold Bührer (FDP/SH) in der Swissair-Debatte des Nationalrates vom 16. November 2001. Amtliches Stenografisches Bulletin der Bundesversammlung.

-
- Jeder Unternehmer weiss, dass Verantwortung unteilbar ist. Und so muss sie auch zugewiesen werden.
 - Das Prinzip des unternehmerischen Risikos muss wieder hochgehalten werden. Es geht nicht an, dass Privatfirmen dem Staat – also den wehr- und machtlosen Steuerzahlern – ein Kollektivrisiko zuschieben, damit sich die Verantwortlichen vom Risiko entlasten können.
 - Auf hochbezahlte Verwaltungsräte mit klingenden Namen, die noch in zahlreichen andern Verwaltungsräten sitzen, ist zu verzichten.
 - Unternehmen sollen dank guter Produkte und seriöser Leistungen blühen, nicht dank gegenseitiger Beziehungen oder Staatsunterstützungen aller Art.
 - Statt hochtrabender Globalstrategien und "Visionen" muss wieder das solide unternehmerische Führungshandwerk in den Mittelpunkt gestellt
 - ~~Generell~~ **Generell** ist strikt davon abzusehen, dass kreditgebende Banken in den Verwaltungsräten ihrer Kreditnehmer Einsitz nehmen.
 - Politisch zusammengesetzte Beiräte korrumpieren sowohl die Firmen wie die Politik. Sie sind abzuschaffen und zwar rasch.

Die wahre Elite besteht nicht aus aufgeblasenen Bluffern und Privilegiereitern, sondern aus Personen, die dank ihrer besonderen Fähigkeit in der Lage und bereit sind, ein Unternehmen zu führen. Sie wollen für ein Unternehmen leben und nicht vom Unternehmen. Vorrechte wie mehr Kompetenzen oder höherer Lohn sind lediglich für jene begründbar, die mit besonderer Fähigkeit und besonderem Einsatz, hohem Verantwortungsgefühl und Risikobereitschaft die Plackerei der Führung auf sich nehmen.

Eine wahre Elite braucht keine Abgangsentschädigungen und keine goldenen Fallschirme. Die wahre Elite weiss, dass Chance und Risiko zusammengehören. Wer das Risiko und eigenes mögliches Versagen absichert, kann die Chancen nicht nutzen und will den Erfolg gar nicht erreichen.

Die einzige Messlatte für die Elite ist der **Erfolg!** Nur dieser zählt. Die dauernde Begründung des Misserfolges von höchsten Stellen, die Ausrede, es sei eben alles so schwierig, kümmert nicht. **Für die Begründung des Misserfolges braucht niemand ein fürstliches Gehalt und Bonuszahlungen!**

Hier haben die Wirtschaftsverantwortlichen anzupacken und Massnahmen zu treffen, zum Wohl der jeweiligen Unternehmen und zum Wohl der gesamten Wirtschaft. Warum behandeln wir dies an einem politischen Anlass wie der Albisgütli-Tagung?

Das grosse Ausmass des Versagens eines beträchtlichen Teils der Führungselite in der Wirtschaft hat leider zu schwerwiegenden gesamtwirtschaftlichen Folgen geführt. Da bei grossen Firmen – wie bei der Swissair – die Manager beim Zusammenbruch staatliche Hilfe erbetteln und diese selbstverständlich auch bekommen, schadet die Unfähigkeit der Elite den Steuerzahlern und der gesamten Volkswirtschaft.

Warum sorgen die Eigentümer in den grossen Firmen dann nicht für ihr Eigentum? Warum schauen sie nicht zum Rechten? Ist ihnen das eigene Eigentum gleichgültig? Wollen sie ihr Eigentum nicht mehr schützen?

Ich glaube, das Problem liegt an einem ganz andern Ort. Wo nämlich der Unternehmer zugleich Eigentümer ist, kann er selber zum Rechten sehen und tut es in der Regel auch. Er will sein Eigentum schützen. Anders ist es bei grossen börsenkotierten Gesellschaften. Sie gehören Tausenden von Eigentümern. Ihnen allen gehört die Firma, ihnen allen gehört das ganze Eigentum, aber niemand besitzt es so richtig.

Damit haftet solchen Gesellschaften im Grunde genommen die gleiche Problematik an wie den sozialistischen oder den kommunistischen Staaten! Auch dort gelten zwar alle Bürger als Eigentümer von allen Gütern. "Alles gehört allen" – heisst die Devise. In Wirklichkeit aber heisst sie: "Niemandem gehört etwas." Kein Einzelner kann sein Eigentum geltend machen. Dafür ist er zu schwach. Sein Einfluss ist pulverisiert, sein Privateigentum ein Teil des Allgemeineigentums und damit als Privateigentum nicht mehr geschützt. In den sozialistischen und kommunistischen Staaten verfügen nicht die einzelnen Bürger über das allen gehörende Eigentum, sondern eine kleine Schicht von Funktionären: **Die sogenannte Nomenklatura.**

Ganz ähnlich verhält es sich in den grössten Aktiengesellschaften, in denen Grossaktionäre fehlen. Der Einfluss der Eigentümer solcher Gebilde ist so verzettelt, dass der Schutz ihres Eigentums, die Überwachung der Führungselite, die als Treuhänder dieses Eigentum vermehren und verwalten sollte, unmöglich geworden ist. Diese Tendenz wird verstärkt durch raffinierte Regeln über die Zusammensetzung von Verwaltungsräten, mit denen sich diese faktisch selber überwachen, selber entschädigen, privilegieren und belohnen. Die Durchsetzbarkeit der Eigentumsinteressen wird noch zusätzlich erschwert durch das Depotstimmrecht der Banken und durch kreuzweise Verwaltungsratsmandatsträger. **So wird der Eigentümer schlussendlich entmachtet.** Eine Kontrolle und ein Einschreiten sind ihm nicht mehr möglich. **Das Privateigentum in diesen Firmen ist nicht mehr geschützt.** Um sich vollends unverwundbar zu machen, haben manche Eliten angefangen, mögliche Kritiker von aussen, zum Beispiel Politiker, Journalisten, Anwälte etc. zum Voraus einzubinden. Man macht sie mundtot, indem man sie mit lukrativen Mandaten und Scheinämtern ohne Verantwortung und Pflichten „kauft“. Dazu gehören auch die vorgängig erwähnten Beiräte.

VI. Privateigentum vor der Elite schützen

Je länger ich mir dieses Problem überlege, desto mehr meine ich, die SVP habe politischen Handlungsbedarf in dieser Sache. **Die Uraufgabe des Staates ist nämlich der Schutz der Rechte der Bürger.** Zu den Grundrechten gehört neben dem Schutz der persönlichen Integrität und der Handels- und Gewerbefreiheit auch **der Schutz des Privateigentums. Der Schutz des Privateigentums ist für eine freie Wirtschaft und damit für die Wohlfahrt der Menschen eine absolute Voraussetzung.** In den Grossbetrieben ist das Eigentum nicht mehr genügend geschützt. In zu vielen Fällen haben unfähige Verwaltungsräte und Manager das Privateigentum verletzt und sich am Eigentum anderer schadlos gehalten und bereichert.

Ich bin darum zur Überzeugung gelangt, dass hier der Rechtsstaat als Garant des Privateigentums auftreten muss und entsprechende Schutzbestimmungen aufzustellen hat. Es ist eine Staatsaufgabe, das Privateigentum zu schützen.

Für Gesellschaften, bei denen ein wirksamer Schutz des Eigentums wegen der breiten Streuung des Eigentums unmöglich geworden ist – und das heisst für die börsenkotierten Unternehmen allgemein – drängen sich Massnahmen auf: Die Unternehmen sind zu verpflichten, den Aktionären sämtliche finanziellen Bezüge der leitenden Angestellten wie der CEO, der Generaldirektion etc. bekannt zu geben. **Transparenz ist die erste Voraussetzung, um die Kontrolle überhaupt wahrnehmen zu können.** Niemand hat etwas dagegen, wenn Manager und Verwaltungsräte viel verdienen, sofern die Firma floriert und hohe Gewinne abwirft. Es ist aber untolerierbar, wenn Manager auch dann dick abkassieren, wenn sie versagen. So wird eine Firma ausgenommen und deren Kapital vernichtet. Das Unternehmen wird zum Selbstbedienungsladen. Das Privateigentum ist nicht mehr geschützt.

Ich bin der Meinung, dass unsere SVP-Fraktion einen entsprechenden Vorstoss in Bern einreichen sollte, damit das Obligationenrecht in diesem Sinne geändert wird.

VII. Politische Elite, ihre Abhängigkeiten und ihre Berater

Als politische Partei haben wir auch der Auswahl unserer Vertreter in ausführenden, gesetzgebenden und richterlichen Behörden grösste Aufmerksamkeit zu schenken. **Wir haben dafür zu sorgen, dass diese Mandatsträger nicht zur Scheinelite werden oder dazu gezählt werden müssen.**

Wir müssen kritischer werden gegenüber Abhängigkeiten. Wir dürfen nicht tolerieren, **dass unsere Mandatsträger zum Beispiel in Beiräten von Firmen sind**, denn das ist das neue Instrument, um Politiker für Firmeninteressen willfährig zu machen. **Das korrumpiert die Wirtschaft genau so wie die Politik.**

Sollte der neue zürcherische FDP-Ständerat im Wahljahr 2003 aus den institutionalisierten Verfilzungseinrichtungen stammen, so darf ihn die SVP nicht unterstützen. Wir müssen aufräumen mit der "Sauhäfeli – Sauteckeli"-Mentalität, aufräumen mit der modernen "Vetterliwirtschaft" – auch wenn diese modernen Vetter nicht mehr Blutsverwandte, sondern nur noch Geldverwandte oder Parteiverwandte sind.

Die wahre Elite sollte auch besser beachten, wer ihre Berater sind. Was gibt es wohl für Führungsentscheide, wenn Bundesrat Pascal Couchepin in einem Interview erklärte, man müsse **mehr auf den sozialistischen Hotelier Peter Bodenmann hören, welcher der neuen halbstaatlichen Schweizer Fluggesellschaft eine goldene Zukunft voraussagt.** Volkswirtschaftsminister Couchepin sagte wörtlich: "Mein guter alter Freund, der Hotelier in Brig, ist ein Experte in derartigen Prophezeiungen. Man sollte seiner Rechnung vertrauen."⁸ Wahrscheinlich meinte Couchepin jene hervorragende prophetische Gabe Bodenmanns, als er 1992 in einem Interview mit der Zeitschrift "Bilanz" prophezeite: "Ich bin überzeugt, die Schweiz ist schon 1995 und 1996 in der EU."⁹ Oder er vertraut der Bodenmann'schen Prognose, die Krankenkassenprämien würden – wie das seine Parteifreundin Ruth Dreifuss uns allen vorausgesagt hatte – bei Annahme des Krankenversicherungsgesetzes schlussendlich sinken. Mässig hellseherisch war auch die Prognose aus Brig, bei Annahme der LSVA würden weniger Lastwagen durch die Schweiz fahren, weil es mit 40-Tönnern weniger Lastwagen brauche als mit 28-Tönnern! Nein, meine Damen und Herren, Pascal Couchepin täte besser, die prophetischen Bücher des Alten Testaments zu lesen. Obwohl vor langer langer Zeit geschrieben, wären sie für seine volkswirtschaftlichen Entscheide immer noch tauglicher als die prophetischen Scheineliteaussagen des roten Peter Bodenmann aus dem Wallis.

VIII. Freie Meinungsäusserung als Mittel gegen die falsche Elite

Damit die **Oberen stets unter Kontrolle sind**, damit die direkte Demokratie funktioniert, ist **die freie Meinungsäusserung** unentbehrlich. Darum legen wir wert auf eine umfassende Presse- und Meinungsvielfalt. Dass dies den Eliten nicht immer passt, ist verständlich. Auch ich selbst lechze nicht gerade nach Kritik. Aber notwendig ist sie trotzdem.

⁸ "Ich möchte endlich etwas müde werden", in: "SonntagsBlick", 18. November 2001, S. 29.

⁹ Peter Bodenmann - Die soziale Explosion. Bilanz-Gespräch, in: "Bilanz" 10, 1992, S. 129.

Gerade das vergangene Jahr hat allerdings in Sachen Medienvielfalt wenig Gutes gebracht.

Wir haben jetzt nur noch **ein nationales Fernsehen**, das sich gemäss dem Entwurf zum neuen Fernsehgesetz beängstigend zum **Staatsfernsehen** entwickelt.

Weil der Staat keine echte Konkurrenz zulässt, sind die **privaten Unternehmen Tele24 und TV3 erstickt**. Der Betrieb eines privaten landesweiten Fernsehsenders ist hierzulande neben dem voll privilegierten Monopolfernsehen nicht möglich. Und dieses Fernsehen DRS nennt sich obendrein "Idée suisse": Als ob es eine urschweizerische Idee wäre, dass der Staat bei seinen Bürgern Zwangsgebühren für Fernsehen und Radio eintreibt! Nein, wir von **der SVP müssen jetzt dafür sorgen, dass endlich Bewegung in unsere Medienszene kommt, dass sie entstaubt und privatisiert wird**.

Leider ist auch eine bedrohliche Verengung im gedruckten Medienmarkt festzustellen: In der deutschen Schweiz konzentrieren sich die nationalen Medien im wesentlichen noch auf ganze drei Verlage! Wo ist hier eigentlich die Stimme der Wettbewerbskommission? Es fällt mir auf, dass sich diese sehr intensiv mit Kaminfegertarifabsprachen und dergleichen mehr befasst, die Medienvielfalt anscheinend aber kein Thema ist. Liegt es daran, dass man sich vor der harschen Kritik der Medien fürchtet? Zusätzlich zu dieser zahlenmässigen Einschränkung der Verlage versuchen Chefredaktoren in äusserst unliberaler Weise, andere Meinungen zu unterdrücken. Das geht so weit, dass man sogar begonnen hat, andere Meinungen in den Inseraten zu unterdrücken. So hat mir die NZZ die Aufnahme von zwei bezahlten Inseraten mit den Artikeln "Gesundet der Freisinn mit der Swissair?" und "Kann die Wirtschaft an der Swissair genesen?" verweigert.

Unter diesen Umständen frage ich mich, warum die Schweizer Presse – auch die NZZ – zur Förderung der angeblichen Meinungsvielfalt jährlich 100 Millionen an Steuergeldern einsackt durch Verbilligung der Posttaxen? Ich frage mich weiter, weshalb die Steuerzahler mit dem Segen des Parlamentes mit 42 Millionen ein Pressehaus für Journalisten der privaten Medien bezahlen? Als ob die Unterbringung von Journalisten Staatssache wäre!

Mit den eigenen Inseraten ist die NZZ allerdings weniger wählerisch. Die SP-Abstimmungszeitung zur Kapitalgewinnsteuer zeigt einen faulen, fettgefressenen Kapitalisten, dem die Tausender aus Aktiengewinnen nur so ins Maul flattern. Und wer finanziert diese Abstimmungszeitung? Die NZZ durch ein ganzseitiges Inserat auf der Rückseite dieser Broschüre! Die sogenannte bürgerlich-liberale NZZ sperrt unsere Inserate über die Redaktion, und der Verlag finanziert gleichzeitig die SP-Abstimmungszeitung!¹⁰

¹⁰ "Staat muss führende Rolle spielen", in: spAbstimmungszeitung, Sonderausgabe von links.ch

Ich habe mich jedenfalls entschlossen, die Sperrung von solchen Inseraten gerichtlich einzuklagen. Wenn man schon die Pressevielfalt mit Staatsgeldern unterstützt, geht es doch nicht an, dass die Presse selbst diese Meinungsvielfalt sogar im Inseratenteil unterdrückt.

Michael Ringier, der grösste Verleger in der Medienelite, schrieb unlängst an ausgewählte Persönlichkeiten, er habe am 2. Oktober 2001 gestrandete Swissair-Passagiere in seinem gemieteten Flugzeug aus Berlin in die Schweiz zurückgefliegen und sich "zum ersten Mal für dieses Land so richtig geschämt". Und weiter: "Das reichste Land der Welt bringt seine Flugzeuge nicht mehr in die Luft! Unfassbar." Herr Ringier vergass natürlich zu schreiben, dass es seine Blätter waren, die vor einigen Jahren jede Kritik an der Swissair und jede Neuausrichtung auf dem Markt mit wütenden Hetztiraden bekämpft haben. Und heuchlerisch meinte Ringier: "Auch in der schweizerischen Medienlandschaft gibt es einige bunte Vögel weniger."¹¹ Vielleicht dachte er an die Titel "Weltwoche", "Bilanz" und "Beobachter", die er übers Neujahr seinem Imperium einverleibt hat. Eher erheiternd wirkte Michael Ringiers Interview im eigenen "SonntagsBlick", wonach die "Weltwoche" ihr intellektuelles Niveau im Hause Ringier schon noch anheben müsse.¹² Wahrscheinlich bis hinauf in die intellektuelle Höhe von "Blick" und "SonntagsBlick"!

So lange die Medien ihren Eintopf auf privater Grundlage zubereiten, ist dagegen nichts einzuwenden. Es ist aber sicher, dass den Konsumentinnen und Konsumenten dieses fade Gericht immer weniger schmeckt und dass sie früher oder später wieder ein besonderes Menü vorziehen. Meine Damen und Herren, Sie sehen: Das **gehaltvollste Blatt ist gegenwärtig zweifellos der "Zürcher Bote" und "Zürcher Bauer"**. Und ich verspreche Ihnen, dass die Zürcher SVP nicht vor hat, unsere Parteizeitung an Ringier zu verkaufen!

IX. Selbstverantwortliche Bürger als echte Elite

Die oberste, wichtigste und entscheidendste Elite im direktdemokratischen Staat bilden die Bürgerinnen und Bürger. Gehören sie zur wahren Elite, so nehmen sie ihre Aufsichts-, Wahl- und Abstimmungsfunktion ernst und wahr. Zur obersten Pflicht der Bürgerinnen und Bürger in unserer Demokratie gehört es auch, sich zu informieren und das nötige Wissen zu erwerben, um sich mit staatsbürgerlichen Angelegenheiten zu befassen. Das Stimmrecht ist kein Vorrecht, sondern eine Pflicht und Verantwortung. Im Grunde sind in unserer Demokratie die Wähler die obersten Amtsinhaber; ihr Amt ist das höchste und bringt die höchste Verpflichtung mit sich.¹³ Sie dürfen sich nach-

zu den Volksabstimmungen vom 2. Dezember 2001.

¹¹ Michael Ringier, Delegierter des Verwaltungsrates der Ringier AG, an ausgewählte Adressaten, 21. Dezember 2001.

¹² Interview mit Michael Ringier im "SonntagsBlick", 30. Dezember 2001.

¹³ Siehe dazu Ludwig von Mises: Die Bürokratie, Academia Verlag, Sankt Augustin 1997, S. 116.

träglich nicht darüber beklagen, dass Politiker, Funktionäre und Bürokraten die Macht an sich gerissen hätten, wenn sie selber oder ihre Vertreter im Parlament ihre Aufsichts- und Kontrollaufgabe nicht wahrnehmen. Die technischen und juristischen Details können und dürfen wir den Fachleuten überlassen. Aber die Demokratie ist am Ende, wenn die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr in der Lage sind, sich ihre eigene Meinung über politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Grundsätze und Zusammenhänge zu bilden. Wenn sich die Bürger unter die Herrschaft von berufsmässigen Politikern, Verwaltern und Meinungsmachern begeben, bricht unsere Gesellschaft in zwei Kasten auseinander. Oben steht dann die angeblich "aufgeklärte", allwissende Elite, unten die angeblich einfältige, verachtete Bürgerschaft. Dann haben wir die Despotie, selbst dann, wenn der Wortlaut von Verfassung und Gesetzen noch immer schön demokratisch tönt. Die Demokratie ist kein Gut, über dem wir ruhig schlafen können. Im Gegenteil, sie ist ein Schatz, den wir täglich aufs Neue in unentwegten Kämpfen verteidigen und erobern müssen.¹⁴ Unsere Vorfahren haben ihre Bürgerrechte unter schweren Kämpfen, manche sogar mit dem Einsatz ihres Lebens errungen. Sie wollten nicht, dass die Politik, die Besorgung des Staates, ausschliesslich Sache einer bestimmten Elite sei. Sie strebten nicht einfach nach einem sorgenfreien, bequemen Leben, in dem ihnen Berufspolitiker und Verwaltungsfachleute die Last der politischen Verantwortung abnehmen. Demokratie heisst Selbstbestimmung. Wir können nicht über unsere eigenen Angelegenheiten bestimmen, wenn wir zulassen, dass andere uns die Richtlinien dazu geben. Wir dürfen nicht zulassen, dass wieder wenige über viele herrschen sollen.

X. Preisverleihung an einen selbstverantwortlichen Menschen

In unserem Land gehören alle zur echten Elite, die – jeder nach seinem Können und seiner Fähigkeit – an ihrem Ort getreu ihren Auftrag erfüllen und am eigenen Platz zur Wohlfahrt aller beitragen. Und hier, meine Damen und Herren, begegnen wir im Alltag vielen erstaunlichen Leistungen. Mitmenschen, die sich im Leben trotz schwerster, widrigster Verhältnisse ihrer Aufgabe stellen und ihr Möglichstes geben. Ich denke an zahlreiche Familienväter und -mütter, die tapfer und selbständig für ihre Familie sorgen, aber auch an Unternehmer, Gewerbetreibende, Landwirte, Arbeitnehmer aller Art, die sich in aller Stille und Zähigkeit erstaunliche Positionen aufgebaut haben. Es gibt in unserer breiten Bevölkerung wahre Eliten in Hülle und Fülle! **Ich möchte daher heute einen Vertreter besonders ehren und mit dem Preis gleichsam stellvertretend für die Selbstverantwortung der echten Elite auszeichnen.** Der Preisträger ist im Jahr 2000 im Alter von 84 Jahren gestorben. Dass man die Verdienste eines Menschen auch nach dem Tode würdigt, ist ein gutes Zeichen. Ein besseres jedenfalls, als die samt und sonders zurechtgeschmink-

¹⁴ Ebenda, S. 125.

ten Lobhudeleien der Scheineliten zu Lebzeiten. Wenn wir bedenken, dass Wolfgang Amadeus Mozart zunächst über Jahrzehnte vergessen ging, nachdem er als gänzlich Unbekannter buchstäblich verscharrt worden war, und dass sein Werk dann wieder auferstanden ist und heute die ganze Welt begeistert und beeindruckt, so bin ich geneigt zu sagen: **Die wahre Grösse der Elite zeigt sich erst nach dem Tode.**

So ist also unser Preisträger auch bereits verstorben. Ein Jahr nach seinem Tode ist ihm aber ein wunderschönes Buch – eine Gedenkschrift – gewidmet worden.

Bei dieser Person handelt **es sich um keinen Geringeren als um Arthur Zünd, einen der letzten Hausierer des Kantons Appenzell**: Der Lebenslauf dieses Vertreters der wahren Elite liest sich wie folgt:

"Der am 4. Oktober 1916 geborene Arthur Zünd war ein Mann, dem das Leben eigentlich nur Nachteile mitgegeben hat. Sohn eines dem Trunk ergebene Schaustellers, von diesem immer und immer wieder verprügelt, kleinwüchsig, sogenannten geistig behindert, mit leichtem Sprachfehler, übermässig nasal, schwer verständlicher Aussprache, und nachdem er vom 9. bis zum 17. Lebensjahr zusammen mit seinem ebenfalls geistig behinderten Zwillingbruder in der Anstalt für schwachsinnige Kinder in Marbach geschult worden ist und dann während über 20 Jahren das von Menschenkraft betriebene Karussell ‚Rössliriti‘ mit körperlicher Anstrengung in Bewegung gesetzt hat, war er über 40 Jahre lang mit seiner riesigen gelben Chrenze (Chräze) bei jedem Wetter an der Arbeit. Er konnte damit nicht nur selbst für sein Leben aufkommen, nein, er lebte seinen Hausiererberuf mit Innigkeit, Stolz und Würde. Er liebte die harte und über weite Strecken einsame Arbeit. **So brachte er nicht nur süsse Backwaren, sondern ebenso kindliche Freude, Wohlwollen, Menschlichkeit und Licht in den arbeitsamen Alltag.**"¹⁵

Meine Damen und Herren, **Arthur Zünd hat eine grosse Ehrung verdient.** Vierzig Jahre lang, Tag für Tag, erfüllte er seine Aufgabe, trug er eine mit Gebäck gefüllte 34 Kilo schwere Chräze und verkaufte deren Inhalt auf dem freien Markt. **Arthur Zünd hat mit seinen Fähigkeiten seine Aufgabe in Wirtschaft und Gesellschaft wahrgenommen.** Nicht nur hat er seine 34 Kilo schwere Last in Wind und Wetter hinaus getragen und seinen Lebensunterhalt selbst bestritten, sondern auch unzähligen Leuten mit seinem Gemüt Freude bereitet. Eine grossartige Persönlichkeit, obwohl man heute der Mutter wahrscheinlich empfehlen würde, den Embryo abzutreiben, weil es sich – nach Auffassung einer falschen Elite – um einen nicht lebenswerten Menschen handle. Jedenfalls würde ein staatlich festgesetzter Mindestlohn einen Erwerb dieser Art sicher verhindert haben. Arthur Zünd ist hier als nicht privilegiertem,

¹⁵ Mäddel Fuchs: "Chome gaad – Der Hausierer Arthur Zünd", mit Beiträgen von Theo Bruderer und Matthias Weishaupt, Appenzeller Verlag, Herisau 2001, S. 11.

aber selbstverantwortlichem Menschen im Namen des Schweizer Volkes auch über seinen Tod hinaus zu danken.

Aber auch weitere Personen im Leben Arthur Zünds haben meines Erachtens eine elitäre Funktion wahrgenommen. Sie gehören zur Elite des Sozialwesens. Ich nenne hier nur den Hausvater des Heims, in dem Arthur Zünd geschult worden ist. Man beachte die Worte und die Menschlichkeit, die im Zeugnis steckt, das dieser Anstaltsvater 1933 Arthur Zünd ausstellte:

Arthur Zünd
evangelisch
von Altstätten in Bühler
geboren am 4. Okt. 1916
eingetreten am 12. Mai 1925

Charakter Arthur war ein zwerghaft kleiner fröhlicher u. gehorsamer Schüler, der uns viel Freude machte. Er blieb kindlich bis zum Schluss u. wird es hoffentlich bleiben.

Leistung Arthur ist geistig schwach, beobachtet aber gut u. ist fleissig u. kam im Unterricht doch noch ordentlich vorwärts. Er ist das Kind eines Karussellhalters u. kannte darum keine grössere Freude, als mit seinem Zwillingbruder Heinrich ein Karussell zu bauen, da wurde im ganzen Haus nach passenden Stücken gesucht. Er wurde
im Frühjahr 1933 konfirmiert
und reist nun mit seinen Eltern in der Welt herum, worauf er sich schon lange gesehnt hat.

1946: Eine rührende Anhänglichkeit verbindet Arthur immer noch mit unserm Heim. Oft fliegen Kartengrüsse daher, die Meldungen über seinen 'Standort' geben. Zu seiner Mutter pflegt er ein inniges Verhältnis, wogegen er jeweils über seinen Vater, der ein chronischer Alkoholiker ist, furchtbar aufgebracht ist. In seinem Rausch schlage er jeweilen alles zusammen, was ihm in die Finger komme; sogar die Mutter! Arthur selbst trinkt gar keinen Alkohol. – Nach wie vor reist er im Sommer von Kilbi zu Kilbi und ist dabei seinen Eltern eine wertvolle Hilfe.¹⁶

Wer als Anstaltsleiter solche Zeugnisse schreibt, liebt in seiner Verantwortung diejenigen, über die er gestellt ist. Das gehört zum echten elitären Denken. Sie mögen einwenden: Aber die Elite ist doch immer oben und nie unten. Doch wo ist oben?

¹⁶ Mäddel Fuchs: "Chome gaad - Der Hausierer Arthur Zünd", mit Beiträgen von Theo Bruderer und Matthias Weishaupt, Appenzeller Verlag, Herisau, 2001, S. 12/13.

Oben ist immer dort, wo die echte Elite sitzt. Wo die falsche Elite sitzt, kann niemals oben sein, auch wenn die falsche Elite das meint. Denn auch da gilt eben: "Die letzten werden die ersten sein!"

XI. Begrüssung der Teilnehmer der Albisgüetli-Tagung 2001

Ehregast

Bundespräsident Kaspar Villiger, Vorsteher des Finanzdepartements

Regierungsrat aus anderem Kanton

- RR Christoph Stüssi, Finanzdirektor des Kantons Glarus

Zürcher Regierungsräte

- RR Rita Fuhrer, Direktorin für Soziales und Sicherheit des Kantons Zürich
- RR Dr. Christian Huber, Finanzdirektor des Kantons Zürich
- RR Ruedi Jeker, Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Zürich

Ständerat

SR Hans Hofmann

Nationalräte aus anderen Kantonen

- NR Caspar Baader, Basel-Land
- NR Jean Henri Dunant, Basel-Stadt
- NR Jakob Freund, Appenzell-Ausserrhoden
- NR Otto Laubacher, Luzern
- NR Theophil Pfister, St. Gallen
- NR Marcel Scherer, Zug
- NR Hermann Weyeneth, Bern

Die SVP-Nationalräte aus dem Kanton Zürich

- NR Max Binder
- NR Toni Bortoluzzi
- NR Hans Fehr
- NR Hans Kaufmann
- NR Robert Keller
- NR Ueli Maurer
- NR Prof. Dr. Christoph Mörgeli
- NR Ernst Schibli
- NR Dr. Ulrich Schlüer
- NR Jürg Stahl
- NR Bruno Zuppiger

- a. NR Walter Frey
- a. NR Dr. Hans Ulrich Graf
- a. NR Rudolf Reichling
- a. NR Werner Vetterli
- a. RR Dr. Alfred Gilgen
- a. RR Jakob Stucki

Die Spitze der SVP Schweiz

- NR Ueli Maurer, Präsident
- Dr. Cornelia Stamm, Vizepräsidentin und Ersatzrichterin am Bundesgericht
- Gregor Rutz, Generalsekretär

Die Spitze der SVP-Fraktion

- NR Caspar Baader, Basel-Land

Besondere Gäste aus den Reihen der SVP

- NR Ernst Schibli, Fraktionspräsident KR
- KR Ernst Stocker, 2. Vizepräsident KR
- Prof. Dr. Karl Spühler, ehemaliger Bundesrichter und heutiger Professor für Privat-, Zivil-, Schuld- und Betreibungsrecht an der Universität Zürich
- Oberrichter Dr. Rainer Klopfer, 1. Vizepräsident Obergericht

Besondere Gäste aus militärischen Kreisen

- Kkdt Ulrico Hess, Kdt FAK 4
- Div Hans-Ulrich Solenthaler, Kdt F Div 6
- Div a.D. Dr. Hans Bachofner
- Div a.D. Hansruedi Ostertag, ehem. Direktor Militärische Führungsschule ETH Zürich
- Div a.D. Rolf Walter Siegenthaler, Ehrenobmann der Schützengesellschaft der Stadt Zürich = Hausherr Schützenhaus Albisgüetli

Ich begrüsse unter uns die Herren Oberrichter und Bezirksrichter, die SVP-Kantonsräte, die SVP-Verfassungsräte, Statthalter, Gemeinde- und Stadtpräsidenten, Gemeinde- und Stadträte der zürcherischen Gemeinden. Den Präsidenten des kantonalen Hauseigentümergeverbandes, KR Hans Egloff sowie den Präsidenten des Zürcher Bauernverbandes Erich Jäggin.

Ganz besonders begrüsse ich die SVP-Delegationen aus fast allen Kantonen der Schweiz.

XII. Unser Auftrag: Der Kampf für die wahre Elite

Es ist unser Auftrag, dafür zu kämpfen, dass die wahre Elite nicht durch die falsche verdrängt wird. Nicht immer kann dies nur mit schönen Worten geschehen. Oft ist zu sagen: Oben ist, was runter sollte, unten ist, was rauf gehört.

- Darum wollen wir als einzige Partei den UNO-Beitritt ebenso verhindern wie den Beitritt zur EU und zur NATO.
- Darum werden wir nicht zulassen, dass das dem Volk gehörende Gold der Nationalbank durch die Politiker verschleudert wird.
- Darum wollen wir dem Milliarden teuren unehrlichen Treiben im Asylwesen einen Riegel schieben.
- Darum werden wir die weitere Prämienexplosion bei den Krankenkassen mit einer Volksinitiative stoppen und die Prämien reduzieren.
- Darum wollen wir die Frage beantwortet haben, wozu wir eigentlich neben allen Gebühren, Abgaben und Prämien auch noch Steuern zahlen.
- Deshalb wollen wir, dass der Steuerfuss im Kanton Zürich in der Verfassung festgeschrieben wird und nicht einfach durch die Politiker erhöht werden kann.
- Deshalb kämpfen wir auf allen Ebenen für die Erhaltung und den Weiterausbau der Bürgerrechte.
- Wir lassen uns unsere Rechte nicht wegnehmen – auch nicht durch übergeordnetes Weltrecht und auf erpresserischen ausländischen Druck.
- Und wir lassen uns das Maul nicht durch irgendwelche Gesinnungsgesetze stopfen.
- Wir lassen uns unsere Privatsphäre, unseren staatsfreien Raum, nicht wegnehmen.

Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, dass eine freiheitliche Staatsordnung, die den Bürgern höchstmögliche Freiheit sichert, **nur durch Selbstverantwortung und nicht durch politische Bevormundung erreicht werden kann.**

Wenn wir Bürgerinnen und Bürger uns wehren, wenn wir nicht aufgeben und nicht verzagen, hat **die wahre Elite gewonnen.** Wenn wir aber aufgeben, liefern wir uns einer falschen Elite aus, die vorgibt, uns zu betreuen und zu bemuttern, die uns in Wirklichkeit aber knechtet und ausbeutet. Wir wollen, müssen und können den Kampf wagen. Ich tue es gerne, liebe Männer und Frauen. Mit Ihnen zusammen als der wahren Elite unseres Landes!
